

den ist, klein ist. Die Industrie ist nicht nur kleindimensioniert, was die Betriebe anbetrifft und was den Anteil von 15 % an der gesamtwirtschaftlichen Produktion angeht, sondern sie ist auch klein in ihrer Bedeutung für das Ausland, für den Export, und da kommt man nach meinen Rechnungen auf eine 14 % Exportquote. Allerdings käme das hinzu, was hier in bezug auf die innerdeutschen Beziehungen erwähnt wurde.

Ich höre an dieser Stelle auf. Ich will zum Schluß nochmals sagen, es gibt Erblasten, Schocks und Vereinigungssünden. Es gibt aber auch Fortschritte und Vereinigungsguthaben, die habe ich hier nicht angesprochen, die hat die Regierung bereits alle genannt, aber wir sind bei weitem nicht durch. Ich bin mir nicht sicher, ob wir die halbe Strecke des Weges schon getan haben, das Ganze kann trotzdem auch noch einmal abkippen. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Dr. Ludwig für Ihren anschaulichen lebendigen Vortrag. Ich habe jetzt vier Wortmeldungen. Ich würde einmal die Wortmeldungen gleich wieder bündeln, weil wir relativ wenig Zeit haben. Ich lese einmal vor, wer sich gemeldet hat: Herr Spiller, Herr Hiller, Herr Meckel und Herr Braune. Bitte Herr Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich würde gerne zunächst eine Anmerkung zum Beitrag von Herrn Claßen machen, Sie müssen das aber nicht unbedingt kommentieren. Daß Sie als Vertreter des Ministeriums auch die positiven Dinge betonen, ist völlig normal. Aber bei unserer Debatte von vorhin frage ich mich, ob das Politbüro eigentlich die Wahrheit erfahren hat? Hat das Politbüro sich mit unangenehmen Dingen überhaupt befassen wollen? Ich meinte jetzt zunächst einmal das SED-Politbüro. Ist dies nicht eine Frage, die vielleicht eine gewisse Aktualität wieder erlangt hat, weil es auch heute Wahrnehmungsprobleme gibt? Man redet mehr über das Gute, was es sicher auch gibt, aber dabei klammert man sich eigentlich zu stark an die Hoffnungssignale und vernachlässigt eben andere nicht minder wichtige Informationen, und eine solche selektive Wahrnehmung führt nicht immer zu einer guten Handlungsweise. Sehen Sie dies bitte als Vorbemerkung. Sie müssen diese nicht kommentieren, aber mir fiel das insbesondere auf, als Sie von der Zahl der Unternehmen sprachen. Natürlich ist das schön, daß es eine Zahl von vielen Unternehmen gibt, auch von Unternehmensgründungen, das ist alles gut, aber wenn man sich dann auch die Größenordnungen anschaut, und der Frage nachgeht, weshalb haben sich manche Unternehmen niedergelassen, kommt man zu der Antwort, daß da zum Teil auch Verzweiflungsakte dabei sind. Es ist nicht immer das ganz große Konzept dabei, daher ist das vielleicht auch ein bißchen mit Vorsicht zu genießen.

Die eigentliche Frage ist aber an Herrn Ludwig und auch an Herrn Hielscher gerichtet. Stimmen Sie mit mir überein, daß im wesentlichen der Hauptfaktor nach wie vor das Humankapital ist, und daß man darauf setzen muß, daß die tüchtigen Leute auch in Ostdeutschland bleiben bzw. wieder in die neuen Bundesländer zurückkommen? Es ist ja nicht verkehrt, wenn sich diese Leute

zeitweilig woanders umgesehen haben, aber es wäre schon ganz gut, wenn einige von ihnen wieder nach Ostdeutschland zurückkommen, oder wenn sich auch neue Leute in den neuen Bundesländern niederlassen.

Bei dieser Diskussion kommt man zu der Frage der Löhne. Wenn man auf längere Zeit diese Schere – schlechte Produktivität oder unzureichende Produktivitätsentwicklung, eigentlich zu hohe Lohnstückkosten – durch Einfrieren der Einkommen zu lösen versucht, ist die Gefahr der Abwanderung nach wie vor gegeben. Dabei muß man nach Produktivität pro Betrieb differenzieren, da sich hinter den Durchschnittszahlen auch ein erhebliches Spektrum versteckt. Also ich glaube schon, daß die Opel- und VW-Werke eine recht ordentliche Produktivität aufweisen, so daß man um eine Differenzierung nicht herum kommt.

Eine weitere Frage ist auch an Herrn Ludwig und an Herrn Hielscher gerichtet. Reicht zur Förderung der Wirtschaft in Ostdeutschland die Wirtschaftsförderung aus, oder muß man nicht andere Sektoren viel stärker als bisher noch mit einbeziehen? Ich denke dabei an Universitäten und an die Wissenschaftsförderung. Braucht man nicht auch mehr Leuchttürme im Bereich Wissenschaft und Forschung? Braucht man nicht mehr weiche Standortfaktoren? Die konkrete Entscheidung, ob sich jemand in Leipzig, Dresden oder in Schwerin niederläßt, wird nicht nur durch die nüchterne Kalkulation eines Betriebswirtes gefällt, sondern die Ehefrau fragt, wie sieht es denn in den neuen Bundesländern mit Schule und Freizeit aus? Es geht also um die Frage, ob man bei der Neuorientierung von Fördermaßnahmen nicht neu sortieren muß?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Ich bitte um weitere kurze Fragen. Herr Hiller bitte.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich versuche mich ebenso kurz zu fassen. Spaß beiseite, Herr Claßen, Sie haben das Beispiel Tschechoslowakei angebracht und konstatierten, daß in Tschechien die Stundenlöhne von 1990 auf 1991 von 5,00 DM auf 3,80 DM gesunken sind. Ich bin immer davon ausgegangen, daß wir eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland anstreben. Diese Beispiele gehen mir allmählich auf den Wecker, das will ich Ihnen ganz deutlich sagen. Was wollen Sie damit signalisieren? Sie haben davon gesprochen, daß die Tarifpolitik flankiert werden soll, daß die Bundesländer etwas tun sollen usw. Wenn darin das Ziel liegt, dann ist das Hauptziel der deutschen Einheit, eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen, aufgegeben worden. Aus diesem Grunde kann ich nicht verstehen, daß dies in den Darlegungen zu diesem Thema überhaupt noch angeführt wird. Ich begreife ja und Sie haben darauf hingewiesen, Frau Staake, daß auch die Lohnkosten zu hoch sind. Aber die Verhältnisse der Tschechoslowakei können nicht unser Ziel sein, und dann muß man über unkonventionelle Dinge nachdenken.

Ich frage Sie, Herr Claßen und Herr Ludwig, wie wäre es denn, wenn man für einen befristeten Zeitraum auch Lohnkosten subventionieren würde und nicht nur Investitionszuschüsse zahlt? Auf diese Frage möchte ich eine Antwort er-

halten. Die ganze Förderpolitik sehe ich immer nur auf ganz bestimmte Sektoren ausgerichtet. Sie können vielleicht sagen, ob mein Gedanke eine Hilfe wäre. Meine diesbezüglichen Überlegungen sind nicht abgeschlossen, aber Sie sind die Fachleute und können mich da vielleicht ein bißchen aufklären.

Die zweite Frage betrifft das Eigenkapital also den Eigenkapitalmangel. Dieses Problem wurde ja bereits von den Vertretern der Wirtschaft hier dargelegt. Ganz konkret an Sie, Herr Claßen, wie will die Bundesregierung diesem Mißstand künftig stärker abhelfen? Ich glaube, daß dies ein wichtiges Thema für die ostdeutsche Wirtschaft ist. Was geschieht konkret? Vielleicht können Sie sich dazu äußern, denn das sind ja im Grunde genommen auch Fragen, die an Sie aus der Wirtschaft gerichtet werden.

Als dritten und letzten Punkt würde ich Sie bitten, Herr Claßen und auch Herrn Ludwig, auf die sogenannten Mitnahmeeffekte von westdeutschen Firmen in Ostdeutschland einzugehen. Ich stelle nämlich fest, daß trotz der geringeren Kosten die Preise teilweise, ja bei Ausschreibungen und dgl. noch nicht einmal konkurrenzfähig sind. Ich komme aus Lübeck und somit aus dem Grenzgebiet und kann diese Verhältnisse ein bißchen beobachten und beurteilen. Also, wenn zu viele Mitnahmeeffekte dort vorherrschen, könnte ja auch eine Konzentration der Förderprogramme, so wie Sie das angesprochen haben, Herr Claßen, stattfinden.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke, bitte Herr Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich schließe hier unmittelbar an. Durch das, was Herr Dr. Ludwig gesagt hat, ist hier ein Stück die Wirklichkeit beschrieben, die in einem gewissen Gegensatz zu den Erfolgsmeldungen steht, wenngleich wir natürlich faktisch beides feststellen müssen. Wir haben eine weiterhin steigende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wir haben inzwischen wieder ein stärkeres Auseinanderklaffen des Wirtschaftswachstums zwischen Ost und West. Wenn wir die Anteile von Forschung und Entwicklung ansehen, müssen wir uns auch fragen, wo geht die Entwicklung eigentlich hin? Gleichzeitig haben wir natürlich auch, Sie haben das beschrieben, durchaus Fortschritte aufzuweisen, die nicht zu bestreiten sind. Es wird von den Kollegen der CDU oder der Koalitionsfraktion immer die Bestätigung der finanziellen Mittel als einen wichtigen Erfolg gegenüber Kürzung betont. Wenn man die letzten sieben Jahre betrachtet und wir die heutige Situation vor Augen haben, muß man doch festhalten, daß es nicht ausreicht, die bisherigen Instrumentarien einfach nur fortzusetzen!

Meine Frage lautet, welche neuen Instrumentarien gibt es und welche schlagen sie vor? Die Frage richtet sich sowohl an Herrn Claßen, als auch an die Vertreter der Politik, Herrn Hielscher oder die Vertreter der Wissenschaften, Herrn Dr. Ludwig. Die vorhandenen Strukturprobleme sind im Osten besonders verschärft, aber gleichzeitig stellen wir fest, daß es auch viele Strukturprobleme im Westen gibt. Das heißt, welche neuen und innovativen Lösungsansätze

brauchen wir? Die Vorschläge könnten z. B. in die Richtung gehen, stärker Investivlöhne statt Lohnerhöhungen anzustreben. Ich bin selber zu ahnungslos in Wirtschaftsfragen, als daß ich selber hier konkrete Vorschläge machen könnte. Aber ich frage mich: Wo gibt es Innovationen, die wir offensichtlich brauchen, die dann aber möglicherweise nicht nur für den Osten wichtig sind, sondern für ganz Deutschland?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Braune bitte.

Abg. Tilo Braune (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage schließt sich hier ebenfalls an. Eine Intention der Enquete-Kommission war ja nicht nur die Ausgangslage zum Wendzeitpunkt zu beschreiben, sondern sich die Phase des Transformationsprozesses sehr genau anzuschauen, in der Hoffnung, daß man anhand der Analyse der Fehler, die ja unzweifelhaft gemacht wurden – und Ihre Darstellungen haben das ja hier auch bestätigt – diese Fehler nicht nur erkennen kann, sondern auch Rückschlüsse auf mögliche künftige Handlungsbedarfe schließen kann.

Wir erleben ja derzeit eine Situation eines ziemlich massiven Reformstaus in dieser Republik, d. h. nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch und sogar sehr erheblich in den Altbundesländern.

Die Frage ist aber, welche Fehler sind denn während des Transformationsprozesses gemacht worden, und welche Chancen zu einem Neuanfang sind vielleicht in Ostdeutschland verpaßt worden, die man aber hoffentlich noch ausbügeln kann? Was sind künftige Handlungsansätze, um die beschriebene dramatische Situation der ostdeutschen Wirtschaft zu lindern, aber auch um vielleicht gesamtdeutsche Ansätze zu finden, um zu einem neuen Aufbruch in der Wirtschaftspolitik zu kommen? Die Frage geht sowohl an Herrn Hielscher als auch an Herrn Ludwig. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herr Professor Wilke ist der letzte Fragende auf meiner Liste. Darf ich fragen, ob Herr Kuhn noch eine Wortmeldung hat und ob ich damit die Frageliste schließen kann? Ich denke doch. Danke! Herr Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Meine Frage geht zum einen an Herrn Hielscher und zum anderen an Herrn Ludwig. Ich will von Herrn Hielscher ganz gerne wissen, was für eine Förderungspolitik braucht man eigentlich, um die Ansätze zur Rekonstruktion eines gewerblichen Mittelstandes in den neuen Bundesländern voranzubringen? Bei der Gelegenheit hätte ich auch gerne eine Antwort von Ihnen auf die Frage, warum das Mittelstandsterben, das ist ja nicht nur eine Angelegenheit der neuen Bundesländer, sondern auch der alten Bundesländer, so wenig Aufmerksamkeit bei den Parteien und in der Wirtschaftspublizistik findet, obwohl ich das für einen sehr dramatischen Prozeß halte?

Herr Ludwig, Sie haben angemerkt, daß zu den Todsünden der Vereinigungspolitik oder der schweren Erblasten die Tarifpolitik der Jahre 1990 und 1991 gehört hat. Und Sie haben betont, daß man nicht ganz allein den Tarifpartnern die Schuld dafür geben kann. Aus meiner Analyse der Tarifpolitik dieser Jahre im Zusammenhang mit der Übernahme der Übertragung des Tarifsystems der Bundesrepublik auf die noch existierende DDR, habe ich schon 1991 die These vertreten, daß im Sommer 1990 durch die Tarifparteien kuriose Dinge geschahen. Ich erinnere mich daran, daß der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe, einer der wirklich wichtigen Persönlichkeiten der Gewerkschaften im Transformationsprozeß, auf dem einen Stockwerk seine Leute in Leuna auf „Linie“ brachte und ein Stockwerk höher dabei mithalf, ein Chemie-Arbeitgeberverband aus der Taufe zu heben, weil es natürlich überhaupt keine Chemie-Arbeitgeber in der DDR gab. Kurzum, in dieser Situation haben die Tarifparteien aus meiner Beobachtung gewissermaßen Wirtschaftspolitik in der untergehenden DDR, in der es keine wirtschaftspolitischen Strukturen mehr gab, sozusagen substituiert. Sie haben es stellvertretend getan und haben dabei das postulierte Recht auf Angleichung der Lebensverhältnisse sozusagen in den Stufentarifverträgen hineingeschrieben. Dies geschah nach dem Motto bis 1995 – so war ja damals auch die Botschaft der Politik – sollen die Lebensverhältnisse doch im wesentlichen angeglichen werden. Sie haben den Strukturwandel durch Festschreibung von Arbeitsplätzen um ein Jahr hinausgeschoben, deswegen auch diese Marge 92. Bezahlt haben wir das in den folgenden Jahren durch einen dramatischen Verfall des Tarifsystems in Ostdeutschland.

Bei dieser Problematik bin ich ganz genau bei Deiner Frage, lieber Markus Meckel, Du willst doch die Anstöße aus dem Osten für Gesamtdeutschland. Was überfällig ist, ist ein Wandel der Tarifpolitik der Gewerkschaften und der Unternehmer, und die Frage steht an, ob das alte deutsche Tarifvertragswesen, eine der großen Leistungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ob das jetzt in diesen nächsten Jahren zusammenbricht, oder ob dieses System die Kraft hat, die Sozialpolitik mit Innovationen im Wirtschaftsstandort Deutschland zu kombinieren. Deswegen an Sie, Herr Ludwig, noch einmal die Fragestellung, wie Sie das im Lichte der Zahlen Ostdeutschlands bewerten?

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Von vielen Seiten wurde jetzt beklagt, daß wir die unterschiedlichsten Programme gerade auch für die Förderung der Wirtschaft, der Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland haben, aber die meistens keine Schnittstellen miteinander finden. Dadurch kommt es häufig zu Fehlinvestitionen. Ich denke nur an den 26. Rahmenplan, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, dann haben wir ein EAP-Programm dazu, um Existenzgründungen nach vorne zu bringen, wir haben die Förderung zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, den Europäischen Sozialfonds und LKZ-Zuschüsse durch die Arbeitsämter u. a. Diese Mittel, gebündelt betrachtet, sind

dafür da Bestandspflege von Firmen in Ostdeutschland, die sich gegründet haben oder die weiter existent sind, als Nachfolgebetriebe zu betreiben bzw. Neugründungen zu schaffen.

Die Frage richtet sich an das Bundesministerium, an Herrn Claßen und auch an Herrn Ludwig, aber auch die IHK und auch Herr Hielscher werden bei dieser Frage um Antwort gebeten. Welche Prioritäten würden Sie setzen und vorschlagen, wenn Sie die Macht und das Sagen hätten, um die ostdeutsche Wirtschaft in ihrem Bestand zu erhalten und Arbeitsplätze durch Neugründungen nach vorne zu bringen? Wo würden Sie Prioritäten setzen? Ist es das Risikokapital, das Venturekapital oder ist es die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder der weichen Standortfaktoren u. a. Das würde ich ganz gerne in einem Abschlusssatz von Ihnen noch erfahren.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): So, nach meiner Übersicht sind praktisch alle Redner mit den Fragen angesprochen worden. Ich schlage vor, daß wir in der Reihenfolge so vorgehen, wie vorhin die Redner waren, und daß jeder auf den Teil eingeht, zu dem er angesprochen worden ist. Ich bitte Sie, Herr Claßen, zuerst zu antworten.

Horst Claßen: Ja, zunächst zu Herrn Spiller. Das war, was Sie sagten, nicht als Frage gemeint, sondern eher als Anmerkung zu meinen Ausführungen. Sie hatten bemerkt, daß Sie in meinen Ausführungen so etwas wie eine selektive Wahrnehmung für Probleme bei der Wahrnehmung der Realität feststellen konnten. Wenn dem so ist, dann bin ich da sicher mißverstanden worden. Ich glaube auch nicht, daß die Bundesregierung insgesamt und auch nicht das Bundeswirtschaftsministerium, die Probleme in Ostdeutschland nicht ganz genau kennt. Wir sind permanent vor Ort, und nenne hier beispielsweise Herrn Staatssekretär Dr. Ludwig, den Beauftragten für Ostdeutschland, der sich permanent vor Ort ganz konkret mit den Problemen auseinandersetzt. Wir ziehen auch permanent den wissenschaftlichen Sachverstand der Institute heran, wie auch z. B. den Sachverstand vom Institut in Halle. Worum es mir geht, und was m.E. auch ein Defizit der Debatte zu den Problemen in Ostdeutschland ist, ist die Tatsache, daß die Schwierigkeiten zu stark im Vordergrund stehen. Ich glaube, bei der Debatte über die Probleme in Ostdeutschland wird zu leicht übersehen, was in den knapp sieben Jahren schon an erheblichen Ergebnissen erreicht worden ist. Das war auch ein bißchen ein Ziel meiner Ausführungen hervorzuheben, daß wir in Ostdeutschland auch nicht unser Licht unter den Scheffel stellen brauchen. Es ist eine ganze Menge erreicht worden, auch im Bereich der Strukturbewältigung, auch im Vergleich zu Westdeutschland und hinsichtlich der Strukturanpassung hat Ostdeutschland Westdeutschland in vielen Bereichen eine ganze Menge voraus. Dieses Bewußtsein ist auch ein Beitrag zum Selbstverständnis in Ostdeutschland. Das bedeutet nicht, daß die zweifellos existierenden Probleme, auf die ich auch hingewiesen habe, übersehen werden.

Zur Frage reicht die Wirtschaftsförderung aus, müssen andere Sektoren über die eigentliche Wirtschaftsförderung hinaus mit einbezogen werden? Das ist

selbstverständlich so, die weichen Standortfaktoren sind ein ganz wesentliches Element bei der Frage wo sich ein Investor niederläßt. Auch das gesamte Umfeld, also Wissenschaft, Forschung, universitäre Bereiche, kulturelle Angebote, die haben als komplementäre Faktoren zur Stärkung des Standort Deutschlands eine ganz wesentliche Funktion und werden auch entsprechend von der Bundesregierung mit gefördert.

Zur Frage von Herrn Hiller. Ich habe bewußt in sehr distanzierender Form auf das Beispiel Tschechien hingewiesen. Ich war darauf gekommen, weil diese Studie gerade vom Institut in Halle vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde. Ich fand diese Thematik sehr interessant, und mir war das selbst auch nicht so bewußt, und ich denke, daß auch in der deutschen Öffentlichkeit dieser Bereich wahrscheinlich gar nicht so verfolgt wird, wie in anderen Transformationsländern mit diesem Schock umgegangen wird. Ich stimme Herrn Ludwig voll zu, daß die ostdeutsche Wirtschaft einem vielfachen Schock unterworfen war, der mit eigenen Kräften in einem überschaubaren Zeitraum auch gar nicht zu bewältigen ist. Um so wichtiger halte ich es auch, den Blick zu Nachbarstaaten zu wenden, um zu erfahren, wie andere Länder mit dem Problem fertig geworden sind. Ich habe nur ein paar Fakten aus der Studie referiert und habe mich persönlich natürlich mit den Verhältnissen in Tschechien nicht intensiv auseinandergesetzt. Mein Hinweis auf die Lohnanpassungen in Tschechien heißt natürlich nicht, daß dies ein Ratschlag ist und in Deutschland hätte genauso passieren können. Ich denke, das wäre gar nicht möglich gewesen. Ich halte es auch aus jetziger Sicht für unmöglich eine Strategie zu fahren, die auf einen massiven Abbau des Einkommensniveaus in Ostdeutschland hinzielt. Das war in Tschechien in einem Wirtschaftsraum möglich, der ein in sich homogener Wirtschaftsraum war. In Ostdeutschland haben wir das singuläre Problem, daß wir zwei Wirtschaftszonen miteinander verbunden haben: eine Wirtschaftszone mit sehr hohem Realeinkommen und eine andere Wirtschaftszone mit sehr niedrigem Realeinkommen. Da können Sie natürlich nicht auf Dauer zwei getrennte Einkommensräume aufrechterhalten, genauso wie Sie nach der Wiedervereinigung keine Realabwertungs politik hätten fahren können. Das ist vollkommen klar, insofern sehe ich auch nicht, daß im Plädoyer Hinweise enthalten gewesen wären, sich dieses Ziel, wie es in Tschechien verfolgt worden ist, nachträglich zu eigen zu machen.

Eine weitere Frage von Herrn Hiller zielte darauf ab, ob es nicht besser sei, Lohnkosten zu subventionieren als Investitionen. Das ist eine Idee, die sehr häufig in den Raum gestellt wird. Hier hat man natürlich das Problem der Kontrolle und der Administration von Förderprogrammen, das erweist sich viel einfacher bei materiellen Investitionen als bei Lohnkostensubventionen. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung schon einen wichtigen Schritt in Richtung Lohnkostensubvention gemacht hat. Im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes ist der Anwendungsbereich des § 249h wesentlich erweitert worden. Zum anderen wurden als neues Element die Lohnkostensubventionen für Wirtschaftsunternehmen eingeführt. Kleinunternehmen können jedoch nur bis zu einer bestimmten Größenordnung, bis maximal 10 zusätzlich

eingestellte Personen, Lohnkostenzuschüsse erhalten. Also in dieser Richtung geschieht einiges, ohne daß das heißen muß, daß das jetzt unbegrenzt ausgeweitet wird. Das würde ich auch ökonomisch für fragwürdig halten.

Schließlich zur Thematik Mitnahmeeffekte westdeutscher Firmen durch Konzentration der Förderprogramme begrenzen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung diesbezügliche Überlegungen, die Förderprogramme zu konzentrieren, anstellt. Das Förderinstrumentarium ist sehr breit angelegt und insgesamt auch sicher nicht optimal transparent. Andererseits, das geht ja aus dieser Debatte auch hervor, muß man feststellen, daß viele Leute beklagen, daß Förderinstrumente intransparent und zu vielschichtig sind, gleichzeitig aber die Frage stellen, warum nicht der eine oder andere Bereich zusätzlich noch gefördert wird? In der politischen Diskussion ist es immer das Problem, hierbei den goldenen Mittelweg zu finden.

Um auf die Frage von Herrn Meckel zu sprechen zu kommen. Sie hatten gesagt, daß die Kontinuierung, die Fortführung der Förderung nicht genug sei, man sollte sich auch neue Instrumente überlegen und der Frage nachgehen, welche Instrumente gibt es überhaupt. Hier gibt es ständig neue Instrumente oder Modifikationen von bestehenden Instrumenten. Auf den reformierten § 249h habe ich bereits hingewiesen. Warum es z. B. in der Vermögensbildung – das wäre sicher ein Aspekt Einkommenspolitik stabilitätsgerecht zu flankieren – nicht vorangeht, müssen Sie die Tarifparteien fragen. Die Gewerkschaften haben bisher wenig Interesse gezeigt, Vermögenspolitik sowohl in West- als auch in Ostdeutschland aktiv zu verfolgen. Andere Akteure sind natürlich auch mit einzubeziehen. Ich verweise als Novität auch auf das kürzlich stattgefundene Gespräch beim Bundeskanzler mit dem westdeutschen Handel – ein wichtiger Schritt und ich hoffe, daß auch durch den Monitoringprozeß über die Organisation WIR, der da beschlossen worden ist, auch in absehbarer Zeit wirklich ganz konkrete Fortschritte zu erzielen sind. Weitere Ansätze gibt es z. B. im Bereich der Deregulierung. Hier haben sich die neuen Bundesländer wirklich als Avantgarde in Gesamtdeutschland erwiesen. Nirgendwo sind die Genehmigungsverfahren so kurz wie in Ostdeutschland.

Schließlich zur letzten Frage von Herrn Kuhn. Auch Sie haben die Vielzahl der Programme beklagt. Sie fragten, welche Prioritäten würden Sie setzen? Also ich halte eine massive Förderung von Investitionen weiterhin für unerlässlich, weil es ohne Investitionen keine modernen Arbeitsplätze und keine Modernisierung von vorhandenen Strukturen gibt. Einen zweiten Schwerpunkt würde ich bei der Bereitstellung von Eigenkapital und Risikokapital setzen, Frau Staake hat das in ihrem Vortrag schon angesprochen. Hier gilt es auch für die Bundesregierung dabei zu überlegen, ob die vorhandenen Instrumente ausreichen. Ein Programm wurde im letzten Jahr eingeführt, der Eigenkapitalfonds Ost als Novität, mit einem Volumen von 500 Mio. pro Jahr. Dieser Fonds ist auf drei Jahre angelegt. Er ist im vergangenen Jahr recht zufriedenstellend angelaufen. Wir versuchen, bei der Ausgestaltung dieses Fonds auch noch Erleichterungen einzuführen, daß die Akzeptanz noch besser wird. Gleichzeitig

laufen zur Zeit im Bundeswirtschaftsministerium auch Überlegungen dahingehend, was darüber hinaus noch zusätzlich an Erleichterungen für die Zuführung von Eigen- und Risikokapital in den ostdeutschen Unternehmen getan werden könnte. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank Herr Claßen, ich bitte nun Frau Staake.

Ulrike Staake: In Ergänzung zu den Beteiligungsfonds Ost, gibt es hier sicherlich noch das Problem, daß die steuerliche Förderung noch nicht interessant genug ist, wenn man sich dagegen die Anlegerseite anschaut. Das heißt also, es ist zu überlegen, diese entsprechende Quote für direkte Beteiligungen zu erhöhen. Ist es unbedingt notwendig, daß wir Investitionen, indirekte Beteiligungen in ostdeutschen Unternehmen vornehmen?

Zweiter Punkt: Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir wieder zu Investitionspauschalen in einem höheren Maße kämen, denn es ist wirklich erschreckend, was man teilweise auch an komplementären Mitteln verliert, weil man nicht in der Lage ist, den Komplementäranteil insbesondere bei EU-Mitteln zu erfüllen. Eine Investitionspauschale nicht nur im kommunalen Bereich wäre vielleicht eine ganz interessante Facette, ansonsten wäre ich dafür, den IHK-Bereich unbedingt beizubehalten und zusätzlich eben die GA-Förderung aufrechtzuerhalten, das wären die Hauptschwerpunkte in der Förderung.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Bitte Herr Hielscher.

Dr. Günter Hielscher: Ich bin Unternehmer, ich mache es kurz. Ich fange bei Professor Wilke an. Warum stirbt der Mittelstand? Alle reden über den Mittelstand, alle Parteien, aber keiner unternimmt etwas. Es geht um rund 10 % Selbständige von den Erwerbstätigen. Es sind möglicherweise zu wenig Wähler. Es kümmert sich keiner konkret um die Probleme des Mittelstandes. Das sage ich auch als einer, der in den neuen Bundesländern wieder Unternehmer geworden ist. Das heißt, wir müssen uns mehr den tatsächlichen Fragestellungen, den Problemen des Mittelstandes annehmen, das sind nämlich diejenigen, und da gehe ich gleich zu Herrn Spiller über, die in erheblichem Umfang die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das sind weiterhin diejenigen – ich mache jetzt keine Werbung, weil das auch immer wieder in der Presse zum Mittelstand oder im Fernsehen zur Sprache kommt –, die im wahrsten Sinne des Wortes sehr eng mit den Mitarbeitern zusammenarbeiten, weil der Mittelständler weiß, daß die Mitarbeiter entscheidend den Werdegang des Unternehmens mitbestimmen.

Humankapital ist ein ganz wichtiges Gut, aber wir brauchen auch Unternehmer, und das wird immer wieder vergessen. Und Unternehmer und Humankapital müssen natürlich zusammengeführt werden, und wir sollten nicht nur immer auf das Humankapital in vereinfachter Form sehen, sondern müssen auch die Unternehmer im Blick haben. Da sind wir beim Mittelstand, Herr Professor Wilke, und hier muß mehr getan werden.

Jetzt zur Förderung: Damit nicht der Eindruck entsteht, wir warten alle nur auf Fördermittel, möchte ich betonen, daß wir selber etwas dafür tun wollen, und ich werbe ganz einfach dafür, daß man dem Unternehmer, dem Mittelständler, mehr Freiräume für seine unternehmerische Tätigkeit gewährt. Was haben wir denn noch für Freiräume?

Herr Hiller, Sie haben gefragt, ob die Förderung für Ostdeutschland ausreichend ist. Nun glaube ich zu ahnen, welcher Fraktion Sie angehören. Ich halte Ihnen ganz einfach dagegen, daß es eine ganz einfache Form zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt: „Nun schafft doch endlich die Gewerbesteuer tatsächlich ab, und stimmt im Bundesrat der Abschaffung zu“. Wissen Sie, was das im Osten für Wirkung zeigen würde? Das ist Mittelstandspolitik. Dort fängt es nicht unbedingt an, aber da liegt das Machbare. Ich werbe wärmstens neben dem, was hier schon gesagt worden ist, dafür, und im BMWi sind die entsprechenden Voraussetzungen dazu schon vorbereitet, unbedingt die Investitionszulage wieder anzuheben. Die Investitionszulage ist das beste eigenkapitalverstärkende Programm für die Unternehmen gewesen. Das muß natürlich so bleiben und die Investitionszulage wieder entsprechend angehoben werden. Zu klären wäre der Punkt, ob man die Zuwendungszeit verkürzen könnte, da sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für uns zu lang ist. Wie das funktioniert, machen Sie sich bitte sachkundig, weil jetzt die Zeit dazu fehlt, das Ihnen zu erklären.

Ich würde noch ganz gerne auf etwas weiteres verweisen, weil das hier bereits angeklungen ist, es geht um Ideen, Innovationen. Wir haben gemeinsam in der letzten Volkskammer gesessen, Herr Meckel. Ich denke, uns war es doch damals klar, weil vielfach Konsens herrschte, die alte Bundesrepublik zum Zeitpunkt 3. Oktober 1990 hatte aufgehört zu existieren und bedurfte einer Änderung. Jedoch keiner Änderung in der Weise: was war, muß generell weichen. Ich will aber darauf hinweisen, daß wir gemeinsam darum ringen müssen, die neuen Anforderungen, die insgesamt auf uns zugekommen sind, zu meistern. Wir müssen Vorschläge einbringen und andere bringen andere Vorschläge ein, wir sitzen ja in einem Boot. Dabei gilt es jedoch zu beachten, daß das Boot erfolgreich im Rahmen der völlig veränderten außenpolitischen Bedingungen gesteuert werden muß. Meiner Meinung nach haben wir in der Vergangenheit da und dort einiges nicht glücklich angepackt. Wir haben aber die riesengroße Chance noch vieles zu verbessern, und wenn es dem Mittelstand gut geht, geht es dem Staat ebenfalls gut. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke! Herr Dr. Ludwig bitte.

Dr. Udo Ludwig: Ich halte mich an die Reihenfolge der Fragesteller. Herr Spiller, Produktion funktioniert natürlich nur durch die Kombination von Sachkapital und Humankapital. Ich denke, in dem Punkt sind wir uns einig, und die Diagnose der Probleme, die nach wie vor in Ostdeutschland offen sind, zeigt, daß Eigenkapitalknappheit vorherrscht, und daß dort angesetzt werden muß. Sie haben aber Recht, wenn Sie betonen, daß man auf der anderen Seite

das Humankapital nicht total vernachlässigen darf. Ich darf mich also nicht nur darauf verlassen, daß es einen Anlagenbestand gibt, sondern ich muß meine Einkommenspolitik so variabel halten, daß es für die Leistungsfähigen attraktiv wird vor Ort tätig zu werden, möglicherweise auch zurückzuzwandern. Das ist kein Widerspruch zu meiner Grundthese, die da lautete, „die Lohnangleichung im Osten ist mit diesen riesigen Sprüngen viel zu schnell mit diesen Stufentarifverträgen gelaufen“. Man muß immer erst das Problem erkennen, um dann differenziert die Entscheidungen entsprechend der Produktivität oder der Ertragslage der Unternehmen durchzusetzen, was im Grunde genommen in den letzten beiden Jahren in Ansätzen auch gemacht wird.

Ich kann hier gleich zu der Anfrage von Herrn Professor Wilke überleiten, was die Tarifpolitik anbetrifft. In der Tat zeigen meine Unternehmensbefragungen, daß die Tarifverträge, die Flächentarifverträge im Osten massiv unterlaufen werden. Massiv unterlaufen bedeutet, daß etwa ein gutes Drittel der größeren Unternehmen, also der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, unter Tarif bezahlt. Die Unterzahlung beläuft sich auf Größenordnungen von 10 %, 15 %, 20 %. Das ist ein Signal dafür, daß irgendetwas nicht stimmt. Wenn man die Flächentarifverträge als eine Errungenschaft des Sozialstaates aufrecht erhalten will, muß man aber anpassungsfähig sein. Man hätte sie schon besser anpassen können, gerade in dieser Übergangszeit in den Jahren ab 1991/92 usw. und nicht erst jetzt vor Toresschluß, wo eigentlich das meiste schon nicht mehr zu retten ist.

Ich komme zum Punkt Subventionen. Herr Hiller fragte: Ist es denn nun mit der Angleichung der Lebensverhältnisse vorbei? Ich würde sagen, die Strecke oder die Zeitachse, auf der wir laufen müssen, um zu der Angleichung zu kommen, ist viel länger geworden, weil die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Osten noch viel Zeit brauchen wird, um auf ein Niveau zu kommen, wo sie aus eigener Kraft diese Angleichung vollziehen kann. Die Angleichung kann doch nicht auf Dauer durch Geschenke vollzogen werden, sie muß doch erwirtschaftet werden. Insofern wird natürlich dieser Prozeß gestreckt werden, was aber nicht heißt, daß er völlig aus den Augen verloren wird.

Was das Problem Subvention von Kapital oder Subvention von Lohn anbetrifft, hat es eine grundlegende Diskussion im Jahre 1990 gegeben. Ein amerikanischer Wirtschaftsforscher, die Gruppe Ackelof, kam mit dem Modell nach Deutschland, daß man doch die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft über Lohnsubventionen in den Griff bekommen würde. Es lief darauf hinaus, daß im Unternehmen so viel Lohn bezahlt werden sollte, wie es möglich sei, aber darüber hinaus die Löhne durch den Staat aufgestockt werden sollten.

Diese Methode läuft auf Lohnkostenzuschläge hinaus und stellt im Grunde genommen eine Lohnsubvention dar. Unternehmen, die einen Arbeitslosen einstellen, bekommen bei dieser Maßnahme über eine bestimmte Zeitdauer vom Arbeitsamt einen bestimmten Teil des Lohnes gezahlt. Hier bewegt sich etwas, wengleich das doch wahrscheinlich marginal ist.

Herr Meckel hat gefragt: Was machen wir denn mit den Instrumentarien? Reicht eine Verstetigung der Instrumentarien aus? Natürlich reicht sie nicht aus. Aber eine Verstetigung sollte schon genau mit den Schwerpunkten, die hier erwähnt worden sind, stattfinden. Vielleicht darf ich einmal auf die neuen Modelle verweisen, die in der öffentlichen Diskussion völlig untergehen. Eines dieser Modelle ist das „Management buy out“. Darunter versteht man eine Beteiligung des Managements und zum Teil auch von den Arbeitern und Angestellten am Produktivvermögen des gegebenen Unternehmens. Dieses Modell hat in Ostdeutschland eine spezielle Ausprägung gefunden: Es streut über Dienstleistungen, ist sehr stark im Baugewerbe ausgeprägt, aber auch in der Industrie gibt es diese Form, die in dieser Stärke, wie sie in Ostdeutschland entwickelt worden ist, eigentlich in Westeuropa nicht vorhanden ist. Ich glaube, wir haben etwa 3.000 Unternehmen dieser Art.

Es gibt auch Beispiele in Westeuropa, in der Schweiz, in England, aber mit einer ganz anderen Entstehungsgeschichte, mit einer ganz anderen Bedeutung im Wirtschaftsleben. Die „Management buy out“ wurden aus der Not geboren, weil im Rahmen der Privatisierung durch die Treuhandanstalt vielerorts zwar die Kerne irgendwie verkauft werden konnten oder man diesbezügliche Anstrengungen unternahm, aber für einzelne Betriebsabteilungen, die Bauabteilungen und anderes mehr fand man schlechte Käufer, so daß man dann auf den Dreh gekommen ist, entwickeln wir doch solche „Management buy out“.

Das ist für mich ein neues Modell für Deutschland, zumindest in dieser Ausprägung. Sicher kann man weiterführende Überlegungen anstellen, was die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen anbetrifft, das ist wünschenswert. Für diese Arbeitnehmer, die dann ihr Geld zur Verfügung stellen, ist dieses Unterfangen mit Risiko verbunden, zumal in einer Phase, wo sich diese Unternehmen, um die es geht, noch nicht konsolidiert haben. Unter diesen Umständen kann das Geld auch einmal schnell aufgebraucht sein und insofern hat das offensichtlich in der gegenwärtigen Phase noch keine größere Bedeutung. Das wäre natürlich ein Weg, um die Erwerbstätigen, also die Arbeitnehmer, stärker am Gedeih der Unternehmen zu beteiligen und gleichzeitig aber auch zu entlasten, was die Lohnkosten usw. anbetrifft.

Es hat im Osten auch andere Dinge gegeben, bei denen man abgewichen ist von diesen über Jahrzehnte gewachsenen Regularien in Westdeutschland, was Planungsverfahren, Genehmigungsverfahren usw. anbetrifft. Ich habe die Unternehmer gefragt – sowohl Bauunternehmer, als auch Industrieunternehmer – was hemmt Sie denn zur Zeit am meisten? Da spielten diese Geschichten wie die Deregulierung keine Rolle mehr, das war bei denen Alltag. Das war schon einigermaßen dereguliert und stand nicht mehr oben in der Prioritätenliste. Was am meisten hemmte, war die zögerliche Auszahlung der Fördermittel. In diesem Punkt scheint es noch Engpässe zu geben. Man muß aber konstatieren, daß es in Ostdeutschland, also bei der Umwandlung der DDR-Wirtschaft, doch offensichtlich einige Innovationen gegeben hat, die so in Westdeutschland be-

stimmt nicht zustande gekommen wären, hätte es nicht diese Vereinigung gegeben.

Ich komme zur Förderpolitik: Natürlich suchen wir gerne neue Instrumentarien und hätten gerne eine Prioritätenliste nach dem Motto, wir brauchen das Rezept, aber ein Rezept gibt es nicht. Die Förderpolitik muß sozusagen breit angelegt bleiben in dem Sinne, daß sie Neugründungen anregen muß, daß sie dafür Geld zu Verfügung stellen muß, daß sie aber dabei auch nicht vergessen darf, Unternehmen im Bestand zu unterstützen, wenn es da einmal Liquiditätsengpässe gibt oder wenn Eigenkapital plötzlich aufgezehrt worden ist. Ich wehre mich dagegen, entweder oder zu sagen. Ich meine, es muß weitergemacht werden. Ebenfalls müssen die Investitionsförderungen fortgesetzt, die Verstetigung der Investitionszulage und die Investitionszuschüsse weiterbewilligt werden, weil das nach wie vor auf einen der wesentlichen Engpässe in der ostdeutschen Wirtschaft abzielt. Nur so kann sie auf einen hohen Wachstumspfad einschwenken. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Dr. Ludwig. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit mit drei kurzen Bemerkungen für heute abschließen: Wir haben uns heute in der Bilanz versucht, der Bilanz der DDR-Wirtschaft und mit einer Zwischenbilanz zum Aufbau Ost. Ich denke, die Diskussionen und die Beiträge haben erheblich zur Erhellung beigetragen. Meiner Ansicht nach haben wir auch Denkanstöße bekommen. Die Beiträge haben sich durch erhebliche Basisnähe ausgezeichnet. Das wird uns helfen. Ich freue mich, daß die Enquete-Kommission letztlich auch Empfehlungen geben darf. Ich kann mir gut vorstellen, daß wir in Auswertung des heutigen Tages tatsächlich auch Empfehlungen und Schlußfolgerungen finden können, die hilfreich sind. Wir betrachteten Märkte, wir betrachteten Management, Förderungen, das mögen drei Schlagworte sein. Ich denke, die Diskussion war heute interessant und ich hoffe, auch hilfreich.

Zweite Bemerkung: Ich möchte allen ganz herzlich danken, die heute so lange ausgehalten haben. Es war ja durchaus auch anstrengend, von 9.00 Uhr vormittags bis jetzt ohne wesentliche Unterbrechung auszuhalten. Ich danke vor allem den Referenten, den Diskutanden, denen, die beigetragen haben, daß das, was an Substanz sichtbar ist im Ergebnis der Bilanz, entstehen konnte. Ich danke auch denen, die für die Organisation heute beigetragen haben.

Die dritte Bemerkung ist ein Hinweis. Es wird gebeten, daß alle Mäntel von der Garderobe mitgenommen werden, da der Landtag schließt. Außerdem darf ich darauf hinweisen, daß das Restaurant im Haus bis 24.00 Uhr geöffnet hat. Wir haben also durchaus noch die Gelegenheit, hier etwas zu essen. Ich darf in dem Sinne für heute abschließen. Das war der Teil Wirtschaft. Morgen steht der Teil zur Sozialpolitik an. Der Herr Vorsitzende hat natürlich noch das Schlußwort. Herzlichen Dank meinerseits.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Inhaltlich will ich nichts mehr beitragen, aber zwei organisatorische Hinweise möchte ich noch geben. Einmal, morgen um 9.00 Uhr geht es weiter und zum zweiten, der Kollege Jork hat einen Vorschlag gemacht, was man am heutigen Abend tun könnte. Herr Eising bittet darum, daß wir durch das Heben unseres Armes zu erkennen geben, wenn sie dem Vorschlag folgen möchten. Er würde, weil zu einer bestimmten Zeit, die inzwischen längst verstrichen ist, Plätze und Tische bestellt worden sind, Taxen ordern, damit wir die Zeit zumindestens verkürzen.

Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Danke für den Hinweis. Wir haben uns inzwischen darum gekümmert und Frau Dr. Jansen war so nett, dort Bescheid zu sagen, daß wir später kommen. Danke.

Dienstag, 4. März 1997

Vorsitzender Siegfried Vergin: Am zweiten Tag der Sitzung der Enquete-Kommission habe ich zunächst die Aufgabe, Herrn Eppelmann zu entschuldigen, da er zu einem Auswärtstermin abreisen mußte. Ich begrüße Sie alle, die Mitglieder der Kommission, die Sachverständigen, die Diskussionsteilnehmer, und ich begrüße auch die Damen und Herren, die auf der Zuschauertribüne Platz genommen haben. Der heutige Tag unserer Anhörung steht unter der Überschrift „Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR – Die Gesellschaft in den neuen Bundesländern im Umbruch“. Auch heute wollen wir in zwei Abschnitten diskutieren, d. h. zunächst über die Arbeits- und Sozialpolitik der DDR und heute Nachmittag über die zum großen Teil auch daraus folgenden sozialen Probleme und Aufgaben der Transformationen in Ostdeutschland.

Am heutigen Vormittag werden Herr Professor Dr. Uwe Vollmer von der Universität Leipzig und Herr Dr. Rainer Lubk, stellvertretender Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit und Herr Kube in das Thema einführen. In einer etwas längeren Diskussion werden wir dann Gelegenheit haben, das Thema zu vertiefen. Wir werden heute, aufgrund der traurigen Nachricht, daß Herr Professor Hockerts erkrankt ist und nicht nach Dresden kommen konnte, über etwas mehr Zeit zur Diskussion verfügen. Wir wünschen Herrn Professor Hockerts natürlich gute Besserung.

Ich glaube, es ist ganz im Sinne des Auftrages unserer Kommission, wenn wir hier sehr genau die Geschichte der DDR betrachten. Wie war das mit der versteckten Arbeitslosigkeit? Wie hat der kommunistische Staat seine Sozialpolitik eigentlich finanziert? Leichtfertigen Legenden sollten wir hier keinen Platz lassen. Vor allem sollten wir nach den Inhalten der Sozialpolitik der DDR fragen. Wurde der einzelne Mensch in diesem System nicht zu einer materiellen Nutzgröße degeneriert, der im Zweifelsfall durch intensive Betreuung ruhig zu stellen war?

Ich bin der festen Überzeugung, daß gerade Sozialpolitik – die Politik natürlich überhaupt – eine wertorientierte Politik sein sollte, eine Politik, die sich an der Würde des einzelnen Menschen orientiert. Die SED hat in ihrem soge-